
6751/AB XXIV. GP

Eingelangt am 13.01.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Frauen und öffentlichen Dienst

Anfragebeantwortung

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 W i e n

GZ: BKA-353.290/0139-I/4/2010

Wien, am 11. Jänner 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Schenk, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. November 2010 unter der **Nr. 6974/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen gegen psychische Erkrankungen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

➤ *Wie beurteilen Sie das Burnout-Risiko für Frauen?*

Frauen sind von psychischen Erkrankungen wie Depression und Burnout-Syndrom besonders belastet. Dies ist unter anderem auf die Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen zurückzuführen. Denn nach wie vor, das haben der Frauenbericht 2010 und die Zeitbudgeterhebung der Statistik Austria in diesem Jahr gezeigt, übernehmen Frauen überwiegend die Verantwortung für unbezahlte Arbeit im Haushalt, Kinderbetreuung und zunehmend oft auch für Alten- bzw. Krankenpflege, und zwar häufig neben einer Berufstätigkeit. Denn es sind – wie sich ebenfalls aus den angeprochenen Studien ergibt - so viele Frauen berufstätig wie nie zuvor.

Zu den Fragen 2 bis 4:

- Wie viele Frauen sind Ihrer Einschätzung nach von Burnout betroffen und gefährdet?
- Auf welches Zahlenmaterial greifen Sie hinsichtlich Frage 2 zurück?
- Wie aktuell sind diese Zahlen, halten Sie eine Aktualisierung für notwendig?

Diese Fragen betreffen keinen Gegenstand der Vollziehung meines Zuständigkeitsbereichs.

Zu den Fragen 5 und 6:

- Werden Sie eine Studie über die Situation von Burnout-Erkrankten und Betroffene in Auftrag geben? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?
- Hat sich die im Frauengesundheitsbericht 2005 beschriebene und eingangs erwähnte Lage von Psychopharmaka konsumierenden Frauen verändert? Wenn ja, in wie fern?

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6975/J durch den Herrn Bundesminister für Gesundheit.

Zu den Fragen 7 und 8:

- Sind Sie mit Ihrem Kollegen Bundesminister Stöger betreffend die Thematik Frauengesundheit in Kontakt? Wenn ja, wie oft, in welcher Form und mit welchem Ergebnis?
- Haben Sie sich bei Ihrem Kollegen Bundesminister Stöger für eine Bewusstseinschaffung von Burnout-Erkrankungen bei Frauen eingesetzt? Wenn ja, wann, in welcher Form und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Selbstverständlich bin ich laufend mit Bundesminister Stöger in Kontakt und tausche mich mit ihm über alle Fragen betreffend die gesundheitliche Situation von Frauen aus. Generell ist aber zu festzuhalten, dass diese Agenden vom Bundesministerium für Gesundheit betreut werden und ich in BM Stöger einen Regierungskollegen habe, dem Frauengesundheit ein wichtiges Anliegen ist.

Zu den Fragen 9 bis 11:

- Haben oder werden Sie sich auch bei weiteren Adressaten (Sozialpartnern, Unternehmen, etc.) für die Bewusstseinsschaffung von Burnout-Erkrankungen bei Frauen einsetzen?
- Im Gleichbehandlungsausschuss und Rechnungshofausschuss kündigten Sie an, das Thema Burnout bei der Landeshauptleutekonferenz zur Sprache bringen zu wollen. Ist dies bereits erfolgt? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht und werden Sie dies noch tun?

- *Halten Sie eine Behandlung von Burnout bzw. psychischen Leiden auf Krankenschein noch immer für sinnvoll?*

Bislang hat sich noch nicht die Möglichkeit geboten, an der Landehauptleutekonferenz teilzunehmen. Abseits davon setze ich mich aber selbstverständlich dafür ein, dass den verschiedenen Themen aus dem Bereich Frauengesundheit die entsprechende Aufmerksamkeit zukommt.

Zur Prävention von Burn-Out-Erkrankungen ist es generell vor allem wichtig, bei der betrieblichen Gesundheitsvorsorge anzusetzen, wie das auch Gesundheitsminister Stöger vorschlägt, und Änderungen der Organisation der Arbeit in Hinblick auf eine Verbesserung der work-life-balance zu überlegen. Konkret bezogen auf die Situation von Frauen sollten wir vor allem mehr Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stellen, sowie die Väterkarenz und die betreute Pflege ausbauen, um eine Entlastung der Frauen zu ermöglichen.

Psychotherapie auf Krankenschein gibt es bereits. Eine Ausweitung muss vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit und der Sinnhaftigkeit als Präventionsmaßnahme vor Arbeitsunfähigkeit diskutiert werden; bei allen Überlegungen ist auch die Qualität des Angebots zentral. Zudem kann dies nur ein Element sein und nur eines der vielen Rädchen, an denen gedreht werden muss, um Frauen in ihrem täglichen „Alles unter einen Hut bringen“ zu unterstützen und zu entlasten. Generell fällt aber auch diese Frage in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit.

Mit freundlichen Grüßen